

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/22

Bonn, den 1. Juli 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Viele Fragezeichen 80

Nach dem Besuch de Gaulles in der Sowjetunion

Von Günter Markscheffel

2 - 3 Verdeckte Steuererhöhung 92

Ungerechtfertigte Beitragserhöhung in der Rentenversicherung

Von Professor Dr. E. Schellenberg, MdB

4 Verbesserter Schutz der jungen Arbeitskraft 49

Begrüßenswerter Beschluß des Bundestages

Von Harry Lieber, MdB

5 - 6 Bessere Beziehungen zu Jugoslawien 85

Den Blick nach vorne richten

Von Dr. Alfred Graef

Viele Fragezeichen

Nach dem Besuch de Gaulles in der Sowjetunion

Von Günter Markscheffel

Der Besuch des französischen Staatspräsidenten de Gaulle in der Sowjetunion wird sicher - wie vieles, was er politisch unternimmt - noch lange Zeit Gegenstand unterschiedlichster Auslegungen sein. In der Bundesrepublik kann man sich dazu beglückwünschen, daß de Gaulle in Moskau die Existenz eines Staates "DDR" negiert hat und auch sonst nichts tat, was die Position der Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion und anderen Ostblockländern erschweren könnte. Es sei denn, die bereits früher ausgesprochene Anerkennung Frankreichs der Oder-Neiße-Linie als "Friedensgrenze" werde wieder einmal als Minuspunkt im deutsch-französischen Verhältnis gewertet. Das ist aber kaum anzunehmen, da in Bonn die Haltung de Gaulles zu dieser Frage seit Längerem bekannt ist.

Auch die technischen Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und Frankreich und den nicht minder bedeutsamen Zusagen de Gaulles für eine Zusammenarbeit zwischen Moskau und Paris auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet dürfen wohl niemanden Kopfschmerzen bereiten. Seit langer Zeit ist bekannt, daß zwischen Frankreich und der Sowjetunion eine Reihe von sehr engen Kontakten gepflegt werden, die durch den de Gaulle-Besuch nur noch ihre offizielle politische Bestätigung erfahren haben.

* * *

Vielleicht entscheidender als alles, was in einem Kommuniqué zum Ausdruck gebracht werden kann, sind jedoch die von de Gaulle angestrebten atmosphärischen Veränderungen im Verhältnis nicht nur der Sowjetunion zu Frankreich, sondern auch im Verhältnis aller europäischen Staaten zueinander. Zweifellos ist es dem französischen Staatspräsidenten geglückt, den Sowjets und den zahlreichen in Moskau akkreditierten diplomatischen Vertretungen kommunistischer Länder begreiflich zu machen, daß ein Frankreich unter seiner Führung die Rolle Europas sowohl gegenüber den Vereinigten Staaten als auch gegenüber der asiatischen Welt voll auszunutzen gedenkt. In diese Überlegungen webt de Gaulle seine Vorstellungen von einem europäischen Sicherheitssystem hinein. Es ist kein Zufall, daß de Gaulle und seine Gastgeber gemeinsam die amerikanischen Bombenangriffe auf nordvietnamesisches Gebiet verurteilten und daß schon während des Aufenthaltes de Gaulles in der Sowjetunion eifrig die Frage erörtert wurde, wann der französische Staatspräsident demnächst in Peking einen Staatsbesuch machen werde.

* * *

Unter diesen Umständen und in Anbetracht der von de Gaulle in allen seinen während der Reise gehaltenen Reden angedeuteten Gemeinsamkeiten der ost- und westeuropäischen Völker dürfte es den Sowjets nicht schwergefallen sein, auf eine gründlichere Diskussion über das Deutschlandproblem zu verzichten. Es hieß in entsprechenden Verlautbarungen lediglich, man habe diese Frage geprüft, ohne die unterschiedlichen Standpunkte aufzugeben, gleichzeitig jedoch betont, daß auch das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege über eine Politik der

Entspannung, des Abbaues gegenseitigen Mißtrauens und gemeinsamer Bemühungen um die Nichtausweitung nuklearer Waffen leicht gelöst werden kann.

Frankreich nimmt an den Abrüstungsverhandlungen der UEO in Genf nicht teil, weil es bisher nicht als Atommacht anerkannt wurde. Ob es nun in Genf wieder eine aktive Rolle zu übernehmen gedenkt, wird sich aufgrund der Gespräche in Moskau vermutlich bald herausstellen.

* * *

Man kann gewiß nicht sagen, daß de Gaulle während seines Aufenthalts in der Sowjetunion die Alliierten und Freunde Frankreichs vor den Kopf gestoßen hätte, wenn man nicht die gemeinsame französisch-sowjetische Erklärung zu den amerikanischen Bombenangriffen auf nordvietnamesisches Gebiet als einen unfreundlichen Akt gegenüber den USA werten will. Trotzdem wird man im Westen, also auch in der Bundesrepublik, damit rechnen müssen, daß nach dem Besuch de Gaulles in der Sowjetunion eine ganze Reihe internationaler Probleme von jetzt ab direkt zwischen Paris und Moskau besprochen werden, ehe man sie vor den Foren der westlichen Allianzen diskutiert. Interessant ist, daß de Gaulle mit seinen Gastgebern ausdrücklich gegenseitige Konsultationen in allen Moskau und Paris gleichermaßen berührenden Fragen vereinbart hat. Der Text der entsprechenden Verlautbarung enthält fast die gleichen Formulierungen wie jene, die im Jahre 1963 eine Vereinbarung zwischen Bonn und Paris die Welt aufhorchen ließ...

* * *

Ist aus dieser Konsultationsvereinbarung zwischen Moskau und Paris zu schließen, daß de Gaulle für seine westlichen Bündnispartner neue Überraschungen bereithält? Niemand wird diese Frage heute schon beantworten können, nur muß man sich darauf gefaßt machen, daß de Gaulle seinen während des Aufenthaltes in der Sowjetunion gehaltenen Reden und den darin zum Ausdruck gebrachten Wünschen und Hoffnungen mehr Gewicht beizumessen dürfte als dem gemeinsamen sowjetisch-französischen Abschlußkommunique.

Bis der französische Staatspräsident in der zweiten Julihälfte nach Bonn kommt, hat die Bundesregierung ausreichend Zeit, um gerade diese Reden gewissenhaft zu analysieren. Wir hoffen, daß sie dies tut, da es nicht gut wäre, wenn der Bundeskanzler bei den kommenden Gesprächen mit de Gaulle wieder einmal nicht über die richtigen Einschätzungen der de Gaulle'schen Politik verfügen würde.

+ + +

Im Geiste des Konzils

Zu diesem in unserer gestrigen Ausgabe erschienenen und von Peter Neller, MdB, verfaßten Artikel ist auf Seite 4, zweiter Absatz, ein Zitat mit einem Zusatz verlängert worden, der eine Wertung enthält, aber nicht zum Zitat gehört. Es soll heißen: "Dabei hat niemand das Recht, die kirchliche Autorität ausschließlich für sich und seine eigene Meinung zu beanspruchen". Der folgende Satz: deswegen hat keine Partei... gibt die Meinung des Verfassers wider.

Verdeckte Steuererhöhung

Ungerechtfertigte Beitragserhöhung in der Rentenversicherung

Von Professor Dr. E. Schellenberg, MdB

Einen Markstein in der jüngeren Geschichte der Rentenversicherung soll der vom Bundestag vorgelegte Gesetzentwurf nach Ansicht des Bundesarbeitsministers darstellen. "Die wichtigste Vorlage aus meinem Arbeitsbereich" nannte der Bundesminister vor der Bundes-Pressekonferenz den Entwurf. Das muß Interesse wecken.

Was steht denn in diesem mit Fanfaren angekündigten 5% Rentenversicherungs-Änderungsgesetz? Werden die Leistungen für die Rentner verbessert? Wird die Altersgrenze den Bedürfnissen unserer Zeit angepaßt? Wird das Paragraphengestrüpp gelichtet? Nichts von alledem!

Was ist denn dann das Bemerkenswerte an dieser Vorlage? Es ist dies:

- * Die Beiträge sollen vorzeitig erhöht werden,
- * Sie sollen am 1. 1. 1968 von 14 Prozent auf 15 Prozent steigen,
- * zwei Jahre später, am 1. 1. 1970 sogar auf 16 Prozent.
- * Die Leistungen bleiben dieselben.

Diese Beitragserhöhung zu diesem Termin ist nicht erforderlich. Hatte doch noch wenige Tage vor dem endgültigen Beschluß der Bundesregierung der Bundesarbeitsminister selbst in seiner Vorlage dem Kabinett vorgeschlagen, die Beiträge erst am 1. 1. 1969 auf 15 Prozent zu erhöhen.

Man behauptet die Bundesregierung, konjunkturpolitische Überlegungen - Verhinderung einer Entspärung in der Rentenversicherung - hätten sie veranlaßt, die Beiträge kräftiger als notwendig zu erhöhen. Dieses Argument ist abwegig:

- * 1. Die Rentenversicherungsträger müßten nicht auf diese Reserven zurückgreifen, wenn sie die gesetzlich festgelegten Zuschüsse bar und nicht teilweise in Schulbuchforderungen des Bundes erhielten. In diesem Jahr wird die Rentenversicherung nach den eigenen Angaben der Bundesregierung einen Überschuß von 1,5 Milliarden DM erzielen. Bei einem Vermögensstand von 27,6 Milliarden DM ist ihre gesetzliche Rücklage mehr als erfüllt.
- * 2. Der derzeitige Stand der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung macht Aussagen über die Konjunkturlage des Jahres 1968 oder gar noch spätere Jahre unmöglich. Das "Konjunkturargument" ist also nur ein dürftiger Vorwand für eine unnotige, weil vorzeitige Beitragserhöhung, die in ihrer Auswirkung einer Steuererhöhung gleichkommt.

Ein weiteres kommt hinzu:

- * Entscheidungen über Beitragserhöhungen von über zwei Milliarden DM müssen sich auf exakte aktuelle versicherungsmathematische Unterlagen gründen. Die letzte versicherungstechnische Bilanz liegt für den Stand vom 1. 1. 1963 vor. Mit Unterlagen von 1963

- * dürfen keine Entscheidungen über Beitragserhöhungen für 1968
- * oder gar 1970 getroffen werden.

Bevor also über eine Erhöhung von Beiträgen zur Rentenversicherung beraten wird, muß die nächste gesetzlich fällige versicherungstechnische Bilanz für den 1.1. 1965 auf den Tisch gelegt werden. Vorher kann keine solide und verantwortungsbewußte Sachentscheidung getroffen werden.

Nicht einmal eine Schreibmaschinenseite hat die Bundesregierung für die finanzielle Begründung der Beitragserhöhung in ihrem Regierungsentwurf aufgewandt. Dabei sollen zusätzliche Milliarden-Beiträge von den Versicherten und ihren Arbeitgebern abverlangt werden. Völlig unverständlich ist, daß die Bundesregierung gleichzeitig mit der vorzeitigen Beitragserhöhung beschlossen hat, die gesetzlich vorgeschriebenen versicherungstechnischen Bilanzen statt wie bisher alle zwei Jahre nur noch in vierjährigen Abstand zu erstellen. Gerade in den schwierigen Jahren, die im Zusammenhang mit unserem Altersaufbau auf die Rentenversicherung zukommen, müssen die finanziellen Unterlagen in kurzem Abstand vorgelegt werden, damit die Entwicklung ständig kontrolliert werden kann.

Sehr befriedigt redet der Bundeserbeitsminister davon, daß die Bundeszuschüsse - die übrigens von Jahr zu Jahr gemessen an den Rentenausgaben zurückgehen (1967 37 Prozent; 1965 22 Prozent) - weiterhin nach geltendem Recht gewährt werden. Er bucht dies als persönlichen politischen Erfolg. Nichts macht die engen Grenzen deutlicher, die dem Bundeserbeitsminister im Kabinett Erhard gesetzt sind, als diese Freude darüber, daß mit den Bundeszuschüssen etwas weitergewährt wird, was es seit 1891 gibt.

Im Zusammenhang mit diesem "großartigen" 3. Rentenversicherungsänderungsgesetz muß auch gesehen werden, was gleichzeitig bekannt wurde, aber wovon Herr Katzer nicht gern spricht:

- * 1967 soll den Trägern der Rentenversicherung eine weitere Milliarde an Schuldbuchforderungen des Bundes auferlegt werden.
- * Darüber hinaus soll die Deckungsrücklage für Knappschaftsversicherung aufgelöst werden. Dadurch spart der Bund 450 Millionen DM ein. Das ist das neunfache dessen, was die Bundesregierung und die Regierungsparteien für Verbesserungen der Knappschaftsleistungen unter dem Schlagwort "Soziales Strukturprogramm für den Bergmann und seine Familie" propagieren.
- * Schließlich sollen die Rentenversicherungsträger verpflichtet werden, etwa zwei Milliarden DM in Geldmarktpapieren der Deutschen Bundesbank anzulegen (das ist der gleiche Betrag, um den die Beiträge vorzeitig erhöht werden sollen).

Die SPD wird alles tun, um sozialpolitisch ungerechtfertigt hohe Beiträge in Interesse der Versicherten und ihrer Arbeitgeber zu verhindern. Sie hat das bei der Arbeitslosenversicherung leider vergeblich versucht, denn ihr Antrag auf Beitragssenkung wurde abgelehnt.

Die SPD wird weiterhin darauf dringen, daß für künftige Finanzentscheidungen in der sozialen Sicherung die soliden Grundlagen geschaffen werden, die die Beschlüsse der Bundesregierung vermissen lassen.

Verbesserter Schutz der jungen Arbeitskraft

Begrüßenswerter Beschluß des Bundestages

Von Harry Liehr, MdB

Der Bundestag hat eine Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes bei Stimmenthaltung der FDP beschlossen. Die Veränderungen betreffen den VI. Abschnitt, der die Überschrift trägt: Gesundheitliche Betreuung. Nachdem dieser Abschnitt nunmehr über vier Jahre in Kraft ist und Erstuntersuchungen durchgeführt werden, denen sich jeder schulabgehende Jugendliche unterziehen muß, der beschäftigt werden will, hat sich gezeigt, daß dies als durchaus befriedigend angesehen werden kann. In allen Bundesländern beteiligen sich 90 bis 95 Prozent der untersuchungspflichtigen Jugendlichen.

Demgegenüber läßt die Zahl der Nachuntersuchungen außerordentlich zu wünschen übrig. Nach den Ergebnissen in den Ländern kann davon ausgegangen werden, daß sich jährlich etwa nur ein Drittel der untersuchungspflichtigen Jugendlichen nachuntersuchen läßt. Dieses Ergebnis ist besonders unerfreulich, weil gerade von der Nachuntersuchungen wesentliche Erkenntnisse über die Auswirkung der Berufsarbeit auf den Gesundheitszustand der Jugendlichen zu erwarten sind. Die Nachuntersuchung erfolgt während der Zeit der Pubertät und bietet auch die Möglichkeit der Korrektur zumal die Erstuntersuchung nur einen Augenblickseindruck wiedergeben kann. So mußten z.B. in einem großen Bundesland bei der Erstuntersuchung Beschäftigungsbeschränkungen für 29 Prozent der untersuchten Jugendlichen auferlegt werden. Nach einem Jahr waren es "nur" noch 18 Prozent. Nachuntersuchungen liegen also auch im Interesse der Arbeitgeber, weil in vielen Fällen Beschäftigungsaufgaben entfallen können.

Woran liegt es, daß sich fast alle Jugendlichen der Erstuntersuchung unterziehen, der Nachuntersuchung jedoch nur etwa ein Drittel der Jugendlichen? Der Grund wird in der Nachlässigkeit der unmittelbar betroffenen Jugendlichen, Eltern aber auch der Arbeitgeber gesehen, die durch eine gewisse "Unverbindlichkeit" in der Sache gefördert wird. Während bei Nichtbefolgung der Erstuntersuchung ein Beschäftigungsverbot des Jugendlichen erfolgt, gibt es bei Nichtbeachtung der Nachuntersuchung bisher keinerlei wirksame Konsequenzen.

Die jetzige Gesetzesänderung verfolgt das Ziel, das bereits bestehende Gebot, wonach der Jugendliche sich innerhalb eines Jahres nach Aufnahme der Beschäftigung nachuntersuchen lassen muß, künftighin bei Nichtbefolgung mit einem Beschäftigungsverbot zu koppeln. Legt der Jugendliche die ärztliche Bescheinigung nicht rechtzeitig vor, so hat der Arbeitgeber binnen eines Monats nach Ablauf des ersten Beschäftigungsjahres den Personensorgeberechtigten hiervon zu benachrichtigen. Der Jugendliche darf nicht weiter beschäftigt werden, wenn er die Bescheinigung nicht binnen zwei Monaten nach Ablauf des ersten Beschäftigungsjahres vorlegt. Für Jugendliche, die bei Inkrafttreten des Gesetzes ein Jahr oder länger beschäftigt werden und nicht nachuntersucht sind, gilt dies nicht, wenn sie sich innerhalb eines Jahres nachuntersuchen lassen.

Bedauerlicherweise wurde ein weitergehender Antrag der SPD, der sich auf internationale Übereinkommen stützte und eine Wiederholung der ärztlichen Untersuchung der Jugendlichen in mindestens einjährigen Abständen vorsah, abgelehnt. Der Schutz der jugendlichen Arbeitnehmer im Betrieb verdient unser aller Beachtung!

Bessere Beziehungen zu Jugoslawien

Den Blick nach vorne richten

Von Dr. Alfred Gress

Unsere politischen Beziehungen zu Jugoslawien sind zur Zeit nicht gut. Die Bundesrepublik Deutschland hatte seinerzeit, als Jugoslawien die sogenannte DDR als selbständigen deutschen Staat anerkannte, Veranlassung, ihren Botschafter aus Belgrad abzurufen und damit die diplomatischen Beziehungen zu unterbrechen. Das mag damals richtig gewesen sein; heute bei den veränderten politischen Verhältnissen in Südosteuropa gilt es zumindest zu überlegen, ob sich nicht auch von deutscher Seite einen Modus finden läßt, um die politischen Beziehungen zu Jugoslawien wieder zu aktivieren.

Eine solche Überlegung würde sich auch schon deshalb lohnen, weil sich insgesamt die politischen Beziehungen zwischen den ost- und westeuropäischen Ländern in den letzten Jahren gebessert haben. Die Bundesrepublik Deutschland dagegen konnte lediglich ihre wirtschaftlichen Beziehungen gegenüber Rumänien auf eine breitere Basis stellen. Das starre Festhalten an veralteten politischen Standpunkten und die politische Unelastizität der Bundesregierung haben verhindert, eine oder auch mehrere politische Varianten zu der Hallstein-Doktrin zu finden, die es ermöglichen würden, mit einem Land wie Jugoslawien, in dem sich in innen- und außenpolitischer Hinsicht manche entscheidenden Wandlungen vollzogen haben, bessere politische Beziehungen herzustellen.

Menschliche Beziehungen

Zwischen den jugoslawischen und dem deutschen Volk haben sich inzwischen die menschlichen Beziehungen längst normalisiert. Mehr als eine halbe Million deutscher Urlauber fahren jährlich zur Erholung nach Jugoslawien, lernen die liebenswürdige Art der dortigen Bevölkerung kennen, genießen herzliche Gastfreundschaft und schließen immer neue Freundschaften. Andererseits kommen jugoslawische Arbeiter zu uns, wirken mit an der wirtschaftlichen Weiterentwicklung der Bundesrepublik und schließen hier mit deutschen Arbeitern Bekanntschaften und Freundschaften. Der durch die Kriegsergebnisse verständliche Haß ist längst umgeschlagen in eine freundschaftliche Atmosphäre, die lediglich unsere politischen Verantwortlichen der Bundesregierung nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Wirtschaftliche und politische Wandlungen

Dabei haben sich in Jugoslawien seit einigen Jahren, insbesondere aber im Jahre 1965, so entscheidende politische Wandlungen vollzogen, daß man dieses Land nicht mehr als ein

kommunistisches bezeichnen kann. Die zentrale staatliche Planwirtschaft ist aufgegeben worden, die Betriebe haben ihre völlige Selbstverwaltung erhalten, kleinere private Handels- und Gewerbebetriebe sind zugelassen, die Landwirtschaft ist längst in private Hände zurückgeführt worden und das gesamte wirtschaftliche Geschehen wird nicht mehr von einer zentralen staatlichen Planbehörde bestimmt, sondern von einem freien Markt, auf den die Betriebe mit ihren Produkten untereinander konkurrieren. Ein Unterschied gegenüber unserem Wirtschaftssystem besteht lediglich in den Eigentumsverhältnissen und in den Preisbindungen. Darüber hinaus trennen heute ideologisch Belgrad von Moskau-Welten. Es wird immer deutlicher, daß Jugoslawien mit seinem System eine Mittlerstellung zwischen den kommunistischen Osten und dem demokratischen Westen einzunehmen gedenkt. Eine direkte Bindung Belgrads an die Politik Moskaus oder gar Pekings gibt es schon lange nicht.

In Anbetracht so gewaltiger politischer Wandlungen in Jugoslawien und dem erklärten Willen der jugoslawischen Regierung, die politischen Beziehungen zur Bundesrepublik zu normalisieren, sollte auch von unserer Seite zumindest der Versuch unternommen werden, eine neue Basis für eine Normalisierung zu finden.

Heißes Eisen: Wiedergutmachungsforderungen

Sicher stehen schwerwiegende Probleme zwischen den Jugoslawen und uns zur Diskussion; das schwierigste wohl, das Problem der überspitzten Wiedergutmachungsforderungen der jugoslawischen Regierung. Wir werden um eine Wiedergutmachung in irgendeiner Form gegenüber Jugoslawien nicht umhin können, dabei wird man aber auch von jugoslawischer Seite anerkennen müssen, daß die vertriebenen Deutschen hochwertige Investitionsgüter und wertvollen Grundbesitz in Jugoslawien zurückgelassen haben.

Bei gutem Willen beider Seiten müßte eine Einigung in diesen Fragen zu erreichen sein, insbesondere dann, wenn man unsererseits die Starrheit am Festhalten eines ganz bestimmter Standpunktes aufgibt und den Blick nicht nur nach rückwärts, sondern in erster Linie nach vorne richtet.

Wiedergutmachungsleistungen können sich auch für den Gewährnden wirtschaftlich günstig auswirken, wenn man einen Modus der Leistung findet, der in erster Linie die Exportkraft des empfangenden Landes steigert. Unsere Leistungen müßten in Jugoslawien in Produktionen investiert werden, die dazu geeignet sind, den jugoslawisch-deutschen Warenaustausch zu intensivieren. Um eine solche Entwicklung zu erreichen, müßte zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien ein umfassendes Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten abgeschlossen werden. Die Vorteile eines solchen Abkommens lägen bestimmt auf beiden Seiten.

Zu einer solchen Politik gegenüber Jugoslawien gehört allerdings mehr Mut und Entschlossenheit, vor allem aber auch eine größere Übersicht über die politischen Wandlungen im südosteuropäischen Raum, als sie die Bundesregierung bislang bewiesen hat.